

# Information

---



Satzung Nr. 04 / 11.12.2014

## **Satzung über die Nutzung von Fernsehkanälen nach dem Bayerischen Mediengesetz (Fernsehsatzung - FSS)**

In der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Januar 2015  
(AMBI 2015, S. 2)

**Bayerische Landeszentrale  
für neue Medien**

Rechtsfähige Anstalt des  
öffentlichen Rechts  
Heinrich-Lübke-Straße 27  
81737 München

Tel. 089 63808-0  
Fax 089 63808-140  
[info@blm.de](mailto:info@blm.de)  
[www.blm.de](http://www.blm.de)

**Satzung über die Nutzung von  
Fernsekanälen nach dem  
Bayerischen Mediengesetz  
(Fernsehsatzung - FSS)**

**In der Fassung der Bekanntmachung  
vom 7. Januar 2015  
(AMBI 2015, S. 2)**

Auf Grund des Art. 25 Abs. 15 des Gesetzes über die Entwicklung, Förderung und Veranstaltung privater Rundfunkangebote und anderer Mediendienste in Bayern (Bayerisches Mediengesetz - BayMG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Oktober 2003 (GVBl S. 799, BayRS 2251 - 4 - S), erlässt die Bayerische Landeszentrale für neue Medien (Landeszentrale) folgende Satzung:

**Inhaltsübersicht:**

Teil 1

**Allgemeine Vorschriften**

- § 1 Anwendungsbereich
- § 2 Nutzung von Übertragungswegen
- § 3 Versorgungsgebiete
- § 4 Anbieter
- § 5 Genehmigung
- § 6 Anschlussorganisation
- § 7 Betrauung
- § 8 Programm
- § 8a Besondere Kooperationsformen für lokale und regionale Angebote
- § 9 Zulieferung von Programmteilen und Programmen

Teil 2

**Programmorganisationsverfahren**

Erster Abschnitt

**Lokale/regionale und landesweite  
Fernsehprogramme**

- § 10 Organisationsgrundsätze

- § 11 Ausschreibung
- § 12 Auswahlgrundsätze
- § 13 Sicherung der Angebotsvielfalt
- § 14 Zusammenarbeit der Anbieter
- § 15 Versorgungsgebietsübergreifende Zusammenarbeit
- § 16 Mantelprogramm

Zweiter Abschnitt

**Bundesweite Fernsehprogramme**

- § 17 Ausschreibung
- § 18 Zuteilung drahtloser Fernsehkanäle
- § 19 Anzuwendende Vorschriften

Dritter Abschnitt

**Bayerische Fensterprogramme in  
bundesweiten Fernsehprogrammen**

- § 20 Zusammenarbeit zwischen den Programmebenen
- § 21 Sendezeiten für Fensterprogramme
- § 22 Technische Kosten für die Nutzung von Fernsehkanälen
- § 23 Finanzierungsbeitrag für die Fensterprogramme

Teil 3

**Rechtsstellung der beteiligten  
Anbieter**

- § 24 Veränderung der beteiligten Anbieter
- § 25 Nachweis- und Anzeigepflichten
- § 26 Änderungen des Sende- und Programmschemas

Teil 4

**Schlussvorschriften**

- § 27 Gewährleistung und Entwicklung von Programmen
- § 28 Weitere Regelungen
- § 29 Inkrafttreten, Übergangsregelung

Teil 1  
**Allgemeine Vorschriften**

**§ 1**  
**Anwendungsbereich**

(1) <sup>1</sup>Die Satzung regelt die Organisation der Nutzung von drahtlosen Fernsehkanälen und Kabelfernsehkanälen in Bayern sowie Satellitenfernsehkanälen. <sup>2</sup>Die Satzung gilt auch für die Verbreitung von Fernsehangeboten unter Verwendung des Internet-Protokolls.

(2) <sup>1</sup>Die Satzung gilt nicht für die Belegung von Breitbandkommunikationsnetzen (Kabelanlagen) mit gemäß Art. 34, 35 BayMG weiterverbreiteten Fernsehprogrammen. <sup>2</sup>Sie gilt ebenfalls nicht für Pilotprojekte und Betriebsversuche nach Art. 30 BayMG und für die Organisation von Aus- und Fortbildungskanälen im Sinn von Art. 3 Abs. 5 Satz 2 BayMG.

**§ 2**  
**Nutzung von Übertragungswegen**

(1) <sup>1</sup>Die drahtlosen Fernsehkanäle werden zur Verbreitung der von der Landeszentrale für ein lokales oder regionales Versorgungsgebiet genehmigten Programmangebote (lokale/regionale Programme) oder über Satellit herangeführten und von der Landeszentrale oder von einer anderen für private Fernsehveranstalter zuständigen Stelle genehmigten oder zugelassenen Programme genutzt. <sup>2</sup>In die auf drahtlosen Fernsehkanälen (terrestisch) verbreiteten bundesweiten Programme sollen auch Programmteile bayerischer Anbieter geschaltet werden (bayerische Fensterprogramme), die von der Landeszentrale für eine landesweite Verbreitung (landesweites Fensterprogramm) oder für eine lokale/regionale Verbreitung genehmigt sind (lokale/regionale Fensterprogramme). <sup>3</sup>Satz 2 gilt ent-

sprechend für die Weiterverbreitung bundesweiter Programme in Kabelanlagen.

(2) Kabelfernsehkanäle können für die Verbreitung von lokalen/regionalen Kabelfernsehprogrammen genutzt werden.

(3) Satellitenfernsehkanäle können für die Verbreitung bundesweiter Programme sowie für die zusätzliche Verbreitung genehmigter lokaler/regionaler oder landesweiter Programme genutzt werden.

**§ 3**  
**Versorgungsgebiete**

<sup>1</sup>Die Landeszentrale legt für lokale und regionale Fernsehprogramme die Versorgungsgebiete für die drahtlose terrestrische Verbreitung und Kabelfernsehverbreitung fest. <sup>2</sup>Die Änderung der Versorgungsgebiete, insbesondere aus Gründen veränderter technischer Gegebenheiten, ist auch während eines laufenden Genehmigungszeitraums möglich, wenn dabei die Interessen der betroffenen Anbieter nicht unzumutbar beeinträchtigt werden.

**§ 4**  
**Anbieter**

(1) <sup>1</sup>Ein Anbieter muss sein Angebot selbst und eigenverantwortlich gestalten. <sup>2</sup>Dies kann auch dadurch geschehen, dass er Programmbeiträge durch Dritte unter seinem maßgeblichen Einfluss und seiner Verantwortung inhaltlich oder gemeinsam mit anderen Anbietern in einer Anbietergesellschaft oder -gemeinschaft im Sinn von Art. 25 Abs. 4 Satz 4 BayMG ein Gesamtprogramm gestaltet. <sup>3</sup>Die Überlassung von Sendezeit an Dritte ist außerhalb sozialer Appelle, der gesetzlich erlaubten Werbung, Wahlwerbung, Werbung für Volksbegehren und Volksentscheide und amtlichen Verlautbarungen nach Art. 5 Abs. 8 BayMG sowie der Sendezeitüberlassung an öffentlich-

rechtliche Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften zur Übertragung religiöser Sendungen unzulässig. <sup>4</sup>Die Aufnahme von Zulieferungen in das Programm nach § 9 bleibt unberührt.

(2) Als Anbieter können nicht auftreten:

1. eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt, deren Organ oder Mitglied eines Organs oder leitender Mitarbeiter,
2. ein Unternehmen oder eine Vereinigung, an denen eine in Nummer 1 genannte Person maßgeblich beteiligt ist oder auf deren Willensbildung sie auf andere Weise wesentlichen Einfluss nehmen kann.

(3) Der Anbieter und sein gesetzlicher Vertreter und die sonst zu seiner Vertretung berechtigten Personen

1. müssen unbeschränkt geschäftsfähig sein und gerichtlich unbeschränkt zur Verantwortung gezogen werden können,
2. dürfen die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, nicht durch Richterspruch verloren haben und
3. dürfen das Grundrecht der freien Meinungsäußerung nicht nach Art. 18 Grundgesetz verwirkt haben.

## **§ 5 Genehmigung**

(1) <sup>1</sup>Die Genehmigung enthält insbesondere das vollständige Sende- und Programmschema des Gesamtprogramms mit einer detaillierten Beschreibung des von den beteiligten Anbietern, Anbietergesellschaften oder -gemeinschaften zu erstellenden Programms sowie den Programmnamen und die Festlegung der besonderen medienrechtlichen Rechte und Pflichten des Anbieters. <sup>2</sup>Die Genehmigung steht unter dem Vorbehalt einer Anordnung der Landeszentrale, auf

den drahtlosen, Kabel- oder Satellitenfernsehkäna len weitere Anbieter, insbesondere mit Programmangeboten gemäß § 8 Abs. 1 Satz 2, oder Zulieferungen aufzunehmen, soweit dies zur Erhöhung des Anteils an Beiträgen mit kulturellen, kirchlichen, sozialen und wirtschaftlichen Inhalten oder zur Vergrößerung der Meinungsvielfalt und Ausgewogenheit des Programms erforderlich wird oder geeignet ist, die Tragfähigkeit der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen lokaler oder regionaler Fernsehprogramme nachhaltig zu stärken. <sup>3</sup>Die Landeszentrale kann die Zuweisung von Übertragungswegen auch nach Bestandskraft eines Bescheides ändern, soweit dadurch die Interessen der betroffenen Anbieter nicht unzumutbar beeinträchtigt werden.

(2) <sup>1</sup>Bringt der Anbieter das vereinbarte Angebot an drei aufeinander folgenden Sendeterminen nicht ein, erlöschen die Rechte aus der Genehmigung, insbesondere die Berechtigung, die genehmigte Sendezeit zu gestalten, es sei denn, der Anbieter weist nach, dass er aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, an der Einbringung verhindert war. <sup>2</sup>Als Sendetermin im Sinn dieser Satzung gilt ein Tag, an dem das für den Übertragungsweg genehmigte Sendeschema dem Anbieter Sendezeit für mindestens eine Sendung einräumt.

## **§ 6 Anschlussorganisation**

<sup>1</sup>Wird die Genehmigung nicht nach Art. 26 Abs. 1 Satz 3 BayMG verlängert, entscheidet die Landeszentrale rechtzeitig vor Ablauf der Genehmigung über die geeigneten Maßnahmen für die anschließende Organisation der drahtlosen, Kabel- oder Satellitenkanäle. <sup>2</sup>Wenn ernsthafte Interessensbekundungen vorliegen, die grundsätzlich zur Erhöhung der Meinungsvielfalt oder zur Verbesserung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit des

Gesamtprogramms geeignet erscheinen, wenn Anbieter nicht bereit sind oder sich als nicht geeignet erwiesen haben ein betrautes Programmangebot nach Maßgabe des Art. 23 Abs. 2 BayMG zu gewährleisten oder wenn sonstige Gründe für die Neuverteilung der Sendezeit unter Berücksichtigung neuer Angebote sprechen, schreibt die Landeszentrale drahtlose oder Kabelkanäle ganz oder teilweise neu aus.<sup>3</sup> § 10 Abs. 6, § 17 und § 18 bleiben unberührt.<sup>4</sup> Die im Zeitpunkt des Ablaufs der vorherigen Genehmigung sendenden Anbieter können unter Berücksichtigung ihrer bisherigen Sende-tätigkeit auf Antrag für den folgenden Genehmigungszeitraum angemessen berücksichtigt werden, wenn ihr Angebot den Auswahlgrundsätzen entspricht.

## **§ 7 Betrabung**

(1) <sup>1</sup>Anbieter von lokalen oder regionalen Fernsehangeboten können mit der besonderen öffentlichen Aufgabe betraut werden, ein lokales Fernsehangebot zur Versorgung der Bevölkerung mit lokalen und regionalen Inhalten gemäß Art. 23 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 Satz 5 Nr. 1 und 2 BayMG zu gestalten, wenn sie erwarten lassen, dass sie die öffentliche Aufgabe für den Zeitraum der Betrauung wahrnehmen werden und aufgrund ihrer organisatorischen, personellen und technischen Ausstattung die Gewähr für ein meinungsvielältiges Programmangebot in gleichbleibend hoher Programmqualität bieten. <sup>2</sup>Auf Antrag kann die Landeszentrale die Betrauung gemäß Art. 23 Abs. 3 Satz 1 BayMG unter Berücksichtigung der Finanzierungsmöglichkeiten der Programmherstellung erweitern, wenn der Anbieter erwarten lässt, dass er die Anforderungen an das Programm erfüllt.

(2) <sup>1</sup>Eine plurale gesellschaftsrechtliche Zusammensetzung gemäß Art. 23 Abs. 2

Satz 2 BayMG ist in der Regel anzunehmen, wenn der Anbieter oder die Anbietergesellschaft mindestens drei Gesellschafter aufweist und kein Gesellschafter über eine Mehrheit der Kapital- oder Stimmrechtsanteile verfügt. <sup>2</sup>Liegen die Voraussetzungen des Satzes 1 nicht vor, kann unter Berücksichtigung der Beteiligung an weiteren meinungsrelevanten Medien im Versorgungsgebiet auf eine mittelbare plurale gesellschaftsrechtliche Zusammensetzung abgestellt werden, wenn durch ein Quorum in den Gesellschaftsverträgen sichergestellt ist, dass sämtliche Entscheidungen einer Mehrheit der Gesellschafter bedürfen. <sup>3</sup>Ein Anbieter der nicht über eine plurale gesellschaftsrechtliche Zusammensetzung verfügt, kann nur dann betraut werden, wenn er durch Vertrag einem vom Medienrat aus dessen Mitte bestellten Programmausschuss für die Dauer der Betrauung unwiderruflich das Recht zur Festlegung verbindlicher Leitlinien des Programms einräumt und sich verpflichtet Vorgaben im Einzelfall zur Wahrung der Ausgewogenheit und Meinungsvielfalt des Programms umzusetzen.

(3) <sup>1</sup>Spartenanbieter können betraut werden, wenn sie ein Programmangebot im Sinn des Art. 23 Abs. 4 BayMG gestalten. <sup>2</sup>Spartenanbieter können auch betraut werden, wenn ihr Programmangebot in ein als solches nicht betraufungsfähiges Programmangebot eingebettet ist oder auf einem ansonsten nicht förderfähigen Kabelkanal verbreitet wird.

(4) <sup>1</sup>Die Betrauung erfolgt längstens für die Dauer des Genehmigungszeitraums. <sup>2</sup>Sie soll ein Jahr nicht unterschreiten und ist so weit wie möglich an den Förderzeiträumen zu orientieren. <sup>3</sup>Unbeschadet Art. 16 Abs. 1 Satz 1 BayMG sind Änderungen der Betrauung im laufenden Förderzeitraum auf Antrag der betrauten Anbieter möglich.

## **§ 8 Programm**

(1) <sup>1</sup>Für die Nutzung eines Fernsehkanals wird ein Gesamtprogramm nach einem für das Versorgungsgebiet ausgerichteten Programmkonzept aus allen zur Berücksichtigung vorgesehenen, aufeinander abzustimmenden Angeboten genehmigt. <sup>2</sup>Bestandteil des Gesamtprogramms für ein lokales oder regionales Versorgungsgebiet kann auch ein überregionales Programmangebot mit einer wöchentlichen Sendezeit von bis zu 120 Minuten sowie der Möglichkeit von Wiederholungen sein.

(2) <sup>1</sup>Unbeschadet weitergehender Vorgaben für betraute Programmangebote muss das Gesamtprogramm einschließlich der integrierten Spartenangebote und Zulieferungen zuschauerfreundlich gestaltet werden und einen angemessenen Anteil an Beiträgen mit Informationen einschließlich kultureller, kirchlicher, sozialer und wirtschaftlicher Angebote enthalten, die auf das von der Landeszentrale festgelegte Versorgungsgebiet bezogen sind. <sup>2</sup>Lokale und regionale Programme sollen einen umfassenden Überblick über das Geschehen im Versorgungsgebiet geben und die in dem Versorgungsgebiet bedeutsamen politischen, weltanschaulichen und gesellschaftlichen Kräfte angemessen zu Wort kommen lassen. <sup>3</sup>Ein lokales/regionales Fernsehprogramm gilt insbesondere dann nicht als zuschauerfreundlich, wenn in der Sendezeit zwischen 18:00 Uhr und 22:00 Uhr

1. Teleshopping-Fenster im Sinn von § 45 a RStV ausgestrahlt werden,
2. Fernsehwerbung und Teleshopping-Spots zwischen die eigenständigen Teile wie z.B. Nachrichtenbeiträge, Rubriken oder Magazinbeiträge eingefügt werden oder
3. Textbild ausgestrahlt wird.

<sup>4</sup>Für besondere Programmangebote wie z.B. Informations- und Servicekanäle können Ausnahmen vorgesehen werden.

(3) Lokale/regionale Angebote, die in dieser Sendezeit sowohl in Kabelanlagen als auch über Satellit verbreitet werden, dürfen von 18:00 Uhr bis 24:00 Uhr nur zeitgleich und unverändert verbreitet werden.

(4) <sup>1</sup>Ein lokales/regionales Fensterprogramm gemäß Art. 3 Abs. 3 BayMG soll zeitgleich in ein für das Versorgungsgebiet organisiertes lokales/regionales Fernsehprogramm integriert werden. <sup>2</sup>Die Gestaltung eines Fensterprogramms neben dem lokalen/regionalen Fernsehprogramm ist zur programmlichen Differenzierung zulässig, wenn hierfür tragfähige wirtschaftliche Rahmenbedingungen gegeben sind.

(5) <sup>1</sup>Auf außergewöhnliche Ereignisse, wie z.B. Unglücks- oder Katastrophenfälle, ist bei der Programmgestaltung Rücksicht zu nehmen. <sup>2</sup>Zur Berücksichtigung des besonderen Charakters von Feiertagen kann kurzzeitig von dem genehmigten Programmschema abgewichen werden. <sup>3</sup>Abweichungen nach Satz 2 sind der Landeszentrale rechtzeitig anzuzeigen. <sup>4</sup>Für Sendungen, die sich mit lokal oder regional bedeutsamen Ereignissen befassen und deren Ausstrahlung nur in engem zeitlichen Zusammenhang mit einem solchen Ereignis in Betracht kommt, können Sonderregelungen in der Betrauung vorgesehen werden.

### **§ 8a Besondere Kooperationsformen für lokale und regionale Angebote**

(1) Zur Erfüllung des gesetzlichen Anliegens, auch in lokalen und regionalen Fernsehangeboten einen angemessenen Anteil von wirtschaftlichen und sozialen Inhalten zu gewährleisten, können lokale

und regionale Fernsehanbieter mit Industrie- und Wirtschaftsverbänden, kommunalen Gesellschaften zur Förderung des Tourismus oder der Wirtschaft, Einrichtungen des Gesundheitswesens sowie mit bedeutenden Wirtschaftsbetrieben oder -unternehmen nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen zusammenarbeiten.

(2) Anbieter lokaler oder regionaler Fernsehangebote sind berechtigt, bei der inhaltlichen Gestaltung von Sendungen mit wirtschaftlichen oder sozialen Inhalten Vertreter der in Absatz 1 genannten Kooperationspartner einzubeziehen, solange gewährleistet ist, dass diese Sendungen keine Produktplatzierungen oder sonstige werbliche Herausstellungen von Produkten oder Dienstleistungen des Kooperationspartners oder seiner Mitglieder oder Gesellschafter oder verbundener Unternehmen enthalten und nicht durch Werbespots oder Tele-shopping-Spots dieser Unternehmen unterbrochen werden.

(3) Deckungsbeiträge der Kooperationspartner zu den Produktions- und Verbreitungskosten des Anbieters stellen sonstige Einnahmen im Sinn des § 43 Satz 1 RStV dar.

(4) Die Verbreitung der in Zusammenarbeit mit den in Absatz 1 genannten Kooperationspartnern erstellten Sendungen mit wirtschaftlichen Inhalten ist nur zulässig, wenn die Sendungen entsprechend angekündigt und während ihres gesamten Verlaufs mit dem Schriftzug Firmenfernsehen, Firmen-TV oder Business-TV gekennzeichnet werden.

## **§ 9 Zulieferung von Programmteilen und Programmen**

(1) <sup>1</sup>Die Aufnahme oder Änderung von Zulieferungen im Programm bedarf der Genehmigung der Landeszentrale. <sup>2</sup>Der

Genehmigungsantrag muss Art, Herkunft, Umfang, Inhalt und Versorgungsgebiet der Zulieferung angeben; die Vereinbarung mit dem Zulieferer soll dem Antrag beigelegt werden. <sup>3</sup>Zulieferungen sind Programmteile (z.B. Weltnachrichten, Wetterbericht) oder Programme (z.B. Nachtprogramme), die regelmäßig zur Verbreitung in der medienrechtlichen Verantwortung der Anbieter von Dritten zur Verfügung gestellt werden.

(2) <sup>1</sup>Die Landeszentrale kann die Aufnahme von Zulieferungen mit genau bestimmtem zeitlichen Umfang genehmigen, wenn die Zulieferungen Art. 5 und 6 BayMG entsprechen und das Gesamtprogramm auch unter Einbeziehung der Zulieferungen seinen auf das Versorgungsgebiet bezogenen Charakter nicht verliert, sowie insbesondere dem Gebot der Meinungsvielfalt und Ausgewogenheit nach Art. 4 BayMG entspricht. <sup>2</sup>Die Landeszentrale kann verlangen, dass der Anbieter in geeigneter Weise kenntlich macht, dass auch die Zulieferungen in seiner medienrechtlichen Verantwortung eingebracht werden.

(3) Unbeschadet des Art. 28 Satz 1 BayMG gilt die Genehmigung als erteilt bei Zulieferungen von Programmteilen mit lokalem/regionalem Inhalt anderer baye-rischer Lokalfernsehanbieter.

## **Teil 2 Programmorganisationsvorschriften Erster Abschnitt Lokale/regionale und landesweite Fernsehprogramme**

### **§ 10 Organisationsgrundsätze**

(1) Für jedes nach § 3 festgelegte Versorgungsgebiet wird ein lokales/regionales Fernsehprogramm und ein lokales/regio-

nales Fensterprogramm gemäß Art. 25 Abs. 3 Satz 2 BayMG organisiert.

(2) Weitere lokale/regionale Fernsehprogramme in einem Versorgungsgebiet können in Einzelfällen organisiert werden, wenn zusätzliche drahtlose Fernsehkanäle oder Kabelfernsehkanäle verfügbar sind und dadurch ein besonderer Beitrag zur Meinungsvielfalt erzielt wird sowie die wirtschaftliche Tragfähigkeit der lokalen/ regionalen Fernsehprogramme in ihrer Gesamtheit nicht beeinträchtigt wird.

(3) Daneben sind in den festgelegten Versorgungsgebieten zulässig

1. lokale Kabelfernsehprogramme privater Kabelanlagenbetreiber mit einem Programmangebot von bis zu zwei Stunden originärem Bewegtbild pro Woche oder im Wesentlichen mit Serviceangeboten oder einem mindestens hälftigen Textbildangebot für Kabelanlagen mit bis zu fünftausend angeschlossenen Wohneinheiten,
2. Fernsehprogramme nach Art. 26 Abs. 6 BayMG.

(4) Absatz 2 und 3 gelten entsprechend auch für lokale/regionale Internet-Fernsehangebote, die im Streaming-Verfahren (linearer Dienst) verbreitet werden und auf die mehr als zehntausend zeitgleiche Zugriffe möglich sind.

(5) Für die landesweite Verbreitung werden Fensterprogramme für die Nutzung gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 organisiert.

(6) Für Genehmigungen nach Absatz 3 und Zuweisungen nach § 2 Abs. 3 gelten die Vorschriften der §§ 11 bis 16 nicht.

## **§ 11 Ausschreibung**

(1) <sup>1</sup>Für die Organisation von lokalen, regionalen oder landesweiten Fernsehprogrammen wird die Verfügbarkeit von drahtlosen oder Kabelfernsehkanälen im Internetangebot der Landeszentrale veröffentlicht. <sup>2</sup>Ein Hinweis auf die Ausschreibung wird in den im jeweiligen Versorgungsgebiet erscheinenden wesentlichen Tageszeitungen bekannt gegeben. <sup>3</sup>In der Veröffentlichung werden der Übertragungsweg und das voraussichtliche Versorgungsgebiet der jeweiligen drahtlosen Fernsehkanäle oder die Kabelfernsehkanäle einschließlich der festgelegten Bedingungen und Vorgaben bekannt gegeben. <sup>4</sup>Interessierte Bewerber werden aufgefordert, innerhalb einer Ausschlussfrist von vier Wochen ein Angebot abzugeben, das mindestens folgende Angaben enthält:

1. Firmierung des Bewerbers mit allen handelsrechtlich relevanten Angaben (Sitz, Geschäftsführung etc.) und Name und Anschrift eines örtlich verfügbaren Bevollmächtigten, ferner Offenlegung der unmittelbaren und mittelbaren Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse (Kapital- und Stimmrechtsanteile) des Bewerbers,
2. ein Programmschema und eine ausführliche Beschreibung der eigenen Programmvorstellungen mit der Angabe des angestrebten Anteils eigen gestalteter Beiträge und inländischer Produktionen sowie Auftrags- und Gemeinschaftsproduktionen aus dem deutschsprachigen und europäischen Raum und der Art der Informationsbeschaffung; die Beschreibung muss insbesondere umfassen die programminhaltlichen Vorstellungen des Bewerbers zum Bezug des Programmangebots auf das Versorgungsgebiet, zur Darbietung von Unterrichtung, Bildung, Kultur und Unterhaltung, zu Umfang und Platzierung der ge-

- wünschten Sendezeit und zur Sendedauer; geplante Zulieferungen sind anzugeben,
3. Darlegung der geplanten oder vorhandenen personellen, organisatorischen und technischen Möglichkeiten zur Abwicklung des Programmangebots sowie über die Bereitschaft zur programmlichen, technischen, organisatorischen und finanziellen Zusammenarbeit,
  4. Darstellung der finanziellen Planung für die Gewährleistung des Programmangebots,
  5. Zusicherung des Besitzes oder rechtzeitigen Erwerbs aller notwendigen Rechte für die Programmbeiträge und deren Verbreitung, insbesondere Verwertungs- und Leistungsschutzrechte und
  6. Zusicherung der Einhaltung der Programmgrundsätze des Art. 5 BayMG und der vom Medienrat erlassenen Programmrichtlinien.

<sup>5</sup>Angebote, die nach Ablauf der Ausschlussfrist eingehen oder die in Satz 4 aufgeführten Angaben und Erklärungen nicht enthalten, können nicht berücksichtigt werden.

(2) <sup>1</sup>Für die Bearbeitung des Angebots erhebt die Landeszentrale einen Kostenvorschuss. <sup>2</sup>Die Bearbeitung des Angebots unterbleibt, solange der Kostenvorschuss nicht geleistet wird. <sup>3</sup>Wird der Kostenvorschuss innerhalb einer von der Landeszentrale gesetzten Frist nicht geleistet, gilt der Antrag als zurückgenommen.

## **§ 12 Auswahlgrundsätze**

(1) <sup>1</sup>Die Landeszentrale organisiert das Gesamtprogramm insbesondere unter Anwendung der Auswahlgrundsätze des Absatzes 2 unter besonderer Berücksichtigung von Art. 25 Abs. 3 Satz 1 BayMG.

<sup>2</sup>In der Regel sollen bis zu drei geeignete Anbieter berücksichtigt werden, soweit nicht als Anbieter eine Gesellschaft oder Gemeinschaft der ausgewählten Bewerber genehmigt wird; § 13 Abs. 1 und § 14 bleiben unberührt. <sup>3</sup>Bei einer Auswahl sollen Bewerber oder Zusammenschlüsse von Bewerbern, die im Zeitpunkt der Veröffentlichung der Ausschreibung ihren Tätigkeitsschwerpunkt oder Lebensmittelpunkt bereits im zukünftigen Versorgungsgebiet haben (örtlicher Bezug) und deren Angebote einen Beitrag zur Meinungsvielfalt und Ausgewogenheit des Gesamtprogramms erwarten lassen, bevorzugt berücksichtigt werden. <sup>4</sup>Bei der Feststellung des örtlichen Bezugs kann die Landeszentrale auch darauf abstellen, inwieweit die Gesellschafter der Bewerber zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Ausschreibung ihren Tätigkeitsschwerpunkt oder Lebensmittelpunkt im zukünftigen Versorgungsgebiet haben. <sup>5</sup>Für die Auswahl von Spartenanbietern ist Satz 3 nicht anzuwenden. <sup>6</sup>Werden mehrere Bewerber berücksichtigt, kann die Landeszentrale verlangen, dass die Darlegungen nach § 11 Abs. 1 Satz 4 Nrn. 2 bis 4 für eine zu erwartende geringere Sendezeit nachgereicht werden.

(2) Bei der Organisation der Programme werden die Bewerber vorrangig berücksichtigt, welche die bessere Gewähr für die Erfüllung der nachfolgenden Anforderungen bieten:

1. Erfüllung der Voraussetzungen des Art. 26 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 5 BayMG,
2. Beitrag zur Meinungsvielfalt und zur Ausgewogenheit der Gesamtheit der Programme im Sinn des Art. 4 BayMG und Beachtung der gebotenen journalistischen Sorgfaltspflichten,
3. angemessener Anteil an Beiträgen gemäß § 8 Abs. 2,
4. wesentlicher Anteil eigengestalteter Sendungen und angemessene Berücksichtigung inländischer Produktionen sowie Auftrags- und Gemein-

- schaftsproduktionen aus dem deutschsprachigen und europäischen Raum,
5. hinreichende Einpassungsfähigkeit des Angebots in das Gesamtprogramm,
  6. personelle, organisatorische, technische und finanzielle Ausstattung zur Sicherstellung der Durchführung des beabsichtigten Angebots,
  7. Bereitschaft zur programmlichen, technischen, organisatorischen und finanziellen Zusammenarbeit.

(3) Sollten sich nach der Einreichung der Bewerbungen Änderungen hinsichtlich der gemachten Angaben, insbesondere in Bezug auf die personelle Abwicklung des Programms sowie des finanziellen Budgets zur Realisierung des Programmangebots ergeben, so sind diese der Landeszentrale in aktualisierter Form vorzulegen.

### **§ 13**

#### **Sicherung der Angebotsvielfalt**

(1) In ein Gesamtprogramm nach § 8 sollen zur Vergrößerung der Meinungsvielfalt und Ausgewogenheit Beiträge oder Programmteile von anderen Anbietern (Spartenanbieter) in angemessenem Umfang aufgenommen werden.

(2) <sup>1</sup>Bei der Beurteilung des Vorliegens vorherrschender Meinungsmacht nach Art. 25 Abs. 1 Satz 1 BayMG werden einem Anbieter die von ihm angebotenen oder veranstalteten Programme zugerechnet, die im vorgesehenen Versorgungsgebiet nach Art. 35 BayMG weiterverbreitet werden oder direkt über einen Satelliten in dem Gebiet empfangbar sind. <sup>2</sup>Art. 25 Abs. 10 BayMG gilt entsprechend.

(3) Vorkehrungen zur Verhinderung vorherrschender Meinungsmacht im Sinne des Art. 25 Abs. 5 Satz 2 Nr. 2 BayMG sind dann nicht ausreichend, wenn der

Anbieter, der andernfalls ungleichgewichtigen Einfluss hätte, über 50 v.H. oder mehr der Stimmrechte verfügt, oder, wenn er über weniger als 50 v.H. der Stimmrechte verfügt, aufgrund von Quotenregelungen Entscheidungen verhindern kann, die für die Umsetzung programmlicher Entscheidungen erforderlich sind.

### **§ 14**

#### **Zusammenarbeit der Anbieter**

(1) <sup>1</sup>Die an der Nutzung eines Übertragungsweges beteiligten Anbieter haben zur Sicherstellung und Weiterentwicklung des Gesamtprogramms in programmlicher, technischer, organisatorischer und finanzieller Hinsicht im erforderlichen Umfang zusammenarbeiten. <sup>2</sup>Sie sind verpflichtet, alles zu unterlassen, was die Bildung und Weiterentwicklung von in sich geschlossenen Gesamtprogrammen, die Sicherung der Programmvielfalt und tragfähiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen erschwert oder behindert.

(2) <sup>1</sup>In nach Art. 25 Abs. 4 Satz 4 BayMG zu bildenden Anbietergesellschaften oder -gemeinschaften muss jeder Anbieter über ein angemessenes Stimmgewicht verfügen; dies ist in der Regel gegeben, wenn sich das Stimmgewicht nach seinem Sendezeitanteil richtet. <sup>2</sup>Die Arbeitsfähigkeit der Gesellschaft oder Gemeinschaft ist sicherzustellen. <sup>3</sup>Spartenanbieter brauchen sich nicht an der Gesellschaft oder Gemeinschaft zu beteiligen, sofern die Einbringung ihres Angebots auf andere Weise gesichert ist. <sup>4</sup>Für die nach Art. 25 Abs. 4 Satz 4 BayMG zu bildenden Anbietergesellschaften oder -gemeinschaften gelten die Vorschriften dieser Satzung über Anbieter entsprechend.

(3) <sup>1</sup>Auf die Bildung einer Anbietergesellschaft oder -gemeinschaft gemäß Art. 25 Abs. 4 Satz 4 BayMG wird verzichtet,

wenn die Zusammenarbeit in technischer, programmlicher und wirtschaftlicher Hinsicht durch Vereinbarungen ausreichend gesichert ist; den Nachweis haben die Anbieter zu erbringen. <sup>2</sup>Bei einer Änderung des Sachverhalts kann die Landeszentrale die Gründung einer Anbietergesellschaft oder -gemeinschaft während eines laufenden Genehmigungszeitraums verlangen.

(4) <sup>1</sup>Die Verträge über die programmliche, technische, organisatorische und finanzielle Zusammenarbeit der beteiligten Anbieter in Gesellschaften oder Gemeinschaften und deren Änderung sind vor ihrem Vollzug der Landeszentrale vorzulegen und bedürfen ihrer Genehmigung. <sup>2</sup>Satz 1 gilt auch für Verträge über die Herstellung oder Gestaltung des Gesamtprogramms oder wesentlicher Teile des Gesamtprogramms durch einen Teil der beteiligten Anbieter oder Dritte.

## **§ 15**

### **Versorgungsgebietsübergreifende Zusammenarbeit**

(1) Die Landeszentrale kann eine Zusammenarbeit zwischen allen oder mehreren lokalen/regionalen Versorgungsgebieten insbesondere bei der Programmerstellung und Vermarktung zur Verbesserung der Kosten- oder Erlössituation für die Anbieter genehmigen, wenn

1. alle für die betroffenen Versorgungsgebiete genehmigten Fernsehanbieter die Möglichkeit angemessener Beteiligung erhalten,
2. die Zusammenarbeitsgesellschaft eine ausgewogene Gesellschafterstruktur aufweist, bei der kein einzelner Anbieter bzw. Sendestandort einen beherrschenden Einfluss erhält; verbundene Unternehmen im Sinn des Art. 25 Abs. 10 BayMG sind zusammenzurechnen,

3. die Programminhalte nach § 8 und die Voraussetzungen nach § 9 Abs. 2 in den betroffenen Versorgungsgebieten erfüllt werden.

(2) Zur Sicherstellung einer ausgewogenen und wirtschaftlich tragfähigen landesweiten, regionalen und lokalen Fernsehstruktur in Bayern kann die Landeszentrale eine Zusammenarbeit nach Absatz 1 zur Verbesserung der Kosten- oder Erlössituation auch anordnen, wenn die Interessen der Anbieter nicht unzumutbar beeinträchtigt werden.

## **§ 16**

### **Mantelprogramm**

(1) Das lokale oder regionale Fernsehangebot kann in ein Programmangebot eingebettet werden, das von Anbietern oder Veranstaltern eines Fernsehprogramms außerhalb der von den lokalen/regionalen Anbietern und den Spartenanbietern gestalteten Sendezeiten auf demselben Fernsehkanal ausgestrahlt wird (Mantelprogramm).

(2) <sup>1</sup>Die Landeszentrale bestimmt nach Stellungnahme des lokalen/regionalen Anbieters soweit erforderlich das Mantelprogramm. <sup>2</sup>Der lokale/regionale Anbieter kann bereits in seiner Bewerbung ein Mantelprogramm vorschlagen. <sup>3</sup>Als Mantelprogramm ist ein genehmigtes deutschsprachiges Fernsehprogramm vorzusehen, das in dem Versorgungsgebiet noch nicht über einen drahtlosen Fernsehkanal verbreitet wird. <sup>4</sup>Eine Ausschreibung findet für das Mantelprogramm nicht statt.

(3) <sup>1</sup>Der Veranstalter oder Anbieter des Mantelprogramms schließt mit dem lokalen/regionalen Anbieter und gegebenenfalls Spartenanbietern eine Kooperationsvereinbarung ab, die der Genehmigung durch die Landeszentrale bedarf. <sup>2</sup>Die Vereinbarung soll die wesentlichen

Fragen der programmlichen, organisatorischen, technischen und finanziellen Zusammenarbeit der Beteiligten enthalten.<sup>3</sup>Änderungen der Vereinbarung bedürfen der Genehmigung durch die Landeszentrale.

(4) <sup>1</sup>Die Landeszentrale kann nach Anhörung des Anbieters sowie des Veranstalters des Mantelprogramms die Genehmigung der Kooperationsvereinbarung nach Absatz 3 Satz 1 widerrufen, wenn sich der programmliche Schwerpunkt des Mantelprogramms ändert oder das als Mantelprogramm verwendete Programm im Versorgungsgebiet terrestrisch verbreitet wird. <sup>2</sup>Für die Auswahl eines anderen Mantelprogramms gelten die Regelungen der Absätze 2 und 3 entsprechend.

## Zweiter Abschnitt **Bundesweite Fernsehprogramme**

### **§ 17 Ausschreibung**

<sup>1</sup>Stehen innerhalb eines Satellitensystems weniger als drei Transponderkapazitäten für die Übertragung von Fernsehprogrammen in derselben Übertragungstechnik zur Verfügung, veröffentlicht die Landeszentrale die Verfügbarkeit eines dem Freistaat Bayern zugewiesenen Satellitenfernsehkanales im Staatsanzeiger. <sup>2</sup>Die Bekanntmachung enthält den Satellitenfernsehsender und die für die Nutzung festgelegten Bedingungen und Vorgaben. <sup>3</sup>Im Übrigen gilt § 11 entsprechend.

### **§ 18 Zuteilung drahtloser Fernsehkanäle**

(1) <sup>1</sup>Soweit die Landeszentrale drahtlose Fernsehkanäle nicht zur Verbreitung von lokalen oder regionalen Fernsehangeboten ausweist, können diese zur Verbreitung von bundesweit empfangbaren

Programmen, gegebenenfalls unter Einchluss bayerischer Fensterprogramme, genutzt werden. <sup>2</sup>Bei der Zuteilung der Fernsehkanäle ist neben dem Zuschauerinteresse zu berücksichtigen, welchen Beitrag zur Meinungs- und Angebotsvielfalt der Anbieter oder Veranstalter bei der Nutzung der drahtlosen Fernsehkanäle erwarten lässt und inwieweit die drahtlosen Fernsehkanäle bundesweit, auch im Hinblick auf neue Fernsehveranstalter, gleichgewichtig aufgeteilt werden können.

(2) Für die Einbindung des Fensterprogramms (§ 2 Abs. 1 Satz 2) und die Zusammenarbeit zwischen den Programmebenen gelten die Vorschriften des dritten Abschnitts.

(3) <sup>1</sup>Ein Verzicht auf einzelne drahtlose Fernsehkanäle ohne Zustimmung der Landeszentrale gilt als Verzicht auf die terrestrische Verbreitung in Bayern. <sup>2</sup>§ 5 Abs. 2 gilt entsprechend.

### **§ 19 Anzuwendende Vorschriften**

Im Übrigen gelten die Vorschriften der §§ 12 bis 14 entsprechend.

## Dritter Abschnitt **Bayerische Fensterprogramme in bundesweiten Fernsehprogrammen**

### **§ 20 Zusammenarbeit zwischen den Programmebenen**

(1) <sup>1</sup>Die Anbieter und Veranstalter bundesweit verbreiteter Programme, in die bayerische Fensterprogramme aufgenommen wurden (Hauptprogrammveranstalter), sind verpflichtet, mit den Anbietern des jeweiligen bayerischen Fensterprogramms (Fensterprogrammanbieter) zusammenzuarbeiten und sie bei

der Bildung und Weiterentwicklung eigenständiger bayerischer Fensterprogramme und bei der Einführung und Umsetzung neuer Fernsehstandards zu unterstützen. <sup>2</sup>Die Hauptprogrammveranstalter haben insbesondere zur programmverträglichen Einpassung der Fernsehfenster geeignete Schnittstellen im Hauptprogramm bereitzustellen.

(2) <sup>1</sup>Unbeschadet § 25 Abs. 4 Satz 4 RStV gilt für die Beteiligung von Anbietern oder Veranstaltern bundesweiter Programme an Anbietern bayerischer Fensterprogramme Art. 25 Abs. 6 BayMG entsprechend. <sup>2</sup>Eine Beteiligung mit weniger als 25 v.H. der Kapital- oder Stimmrechtsanteile gilt als nicht maßgeblich im Sinn von Art. 25 Abs. 10 BayMG, es sei denn, dass dem Anbieter oder Veranstalter des bundesweiten Programms auf andere Weise ein größerer Einfluss auf die Gestaltung der bayerischen Fensterprogramme eingeräumt ist.

(3) <sup>1</sup>In den Programmen der einzelnen Programmebenen ist in angemessenem Umfang auf die Programme der anderen Programmebenen hinzuweisen. <sup>2</sup>Die Hauptprogrammveranstalter haben sicherzustellen, dass im Rahmen der technischen Möglichkeiten eine Unterrichtung über die bayerischen Fensterprogramme im Fernsehtext und über die Teletextapplikation im HbbTV-Standard erfolgt.

## **§ 21**

### **Sendezeiten für Fensterprogramme**

(1) <sup>1</sup>Soweit nach § 25 Abs. 4 Satz 8 RStV keine abweichende Abstimmung über die Sendezeiten getroffen wurde, sind die landesweiten Fensterprogramme grundsätzlich in der Zeit zwischen 17:00 Uhr und 18:45 Uhr und die lokalen/regionalen Fensterprogramme grundsätzlich in der Zeit von 18:00 Uhr bis 18:30 Uhr einzubringen.

(2) Das lokale/regionale Informationsprogramm hat einen Umfang von dreißig Minuten je Sendetag.

(3) <sup>1</sup>Soll wegen Ereignissen von besonderem Interesse der Öffentlichkeit von den nach Absatz 1 festgelegten Sendezeiten abgewichen werden, kann die Landeszentrale eine auf den Einzelfall bezogene Änderung des Sende- und Programmschemas festlegen. <sup>2</sup>Sie kann dabei für ausgefallene Sendezeiten einen angemessenen Ausgleich zu Lasten des begünstigten Anbieters oder Veranstalters bestimmen. <sup>3</sup>Erfolgt die Festlegung nach Satz 1 nicht auf Antrag des begünstigten Anbieters, soll als Ausgleich nur die Nachholung von Sendezeit oder die Schaltung von Werbung innerhalb der ausgefallenen Sendezeit zugunsten des belasteten Anbieters bestimmt werden.

(4) <sup>1</sup>Soweit das lokale/regionale Informationsprogramm nicht eingebracht werden kann, kann die freie Sendezeit mit Programmangeboten aus dem landesweiten oder anderen lokalen/regionalen Fensterprogrammen ausgefüllt werden. <sup>2</sup>Dabei ist auch eine Wiederholung von Programmteilen zulässig.

## **§ 22**

### **Technische Kosten für die Nutzung von Fernsehkanälen**

<sup>1</sup>Die Entgelte für die technische Verbreitung des integrierten Gesamtprogramms tragen die Hauptprogrammveranstalter. <sup>2</sup>Die Entgelte für die Heranführung der Fernsehfensterprogramme tragen die Fensterprogrammanbieter.

## **§ 23 Finanzierungsbeitrag für die Fensterprogramme**

(1) <sup>1</sup>Die Hauptprogrammveranstalter sind zur Sicherung der Finanzierung der in ihrem Programm geschalteten Fernsehfensterprogramme (Finanzierungsbeitrag) nach Maßgabe der nachstehenden Vorschriften verpflichtet. <sup>2</sup>Bemessungsgrundlage für die Ermittlung des Finanzierungsbeitrags ist die durch die AGF/GFK-Fernsehforschung ermittelte Anzahl der Fernsehhaushalte in Bayern. <sup>3</sup>Der Finanzierungsbeitrag beträgt für jeden Fernsehhaushalt in Bayern fünfundachtzig Cent pro Jahr. <sup>4</sup>Zur Ermittlung der Anzahl der Fernsehhaushalte kann die Landeszentrale im Einvernehmen mit den anspruchsberechtigten Fernsehfensteranbietern und den leistungsverpflichteten Hauptprogrammveranstaltern eine andere repräsentative Marktuntersuchung heranziehen. <sup>5</sup>Bei mehreren Erhebungsstichtagen oder -zeiträumen ist der Jahresdurchschnitt zu ermitteln.

(2) Auf Antrag des Hauptprogrammveranstalters setzt die Landeszentrale die sonstigen Finanzierungsleistungen zugunsten bayerischer Fernsehfensteranbieter fest, die auf den Beitrag nach Absatz 1 anrechenbar sind.

(3) Die Einzelheiten der Erhebung des Finanzierungsbeitrags, der Verteilung des Aufkommens aus dem Finanzierungsbeitrag an die bayerischen Fernsehfensteranbieter und das Verfahren zur Anrechnung nach Absatz 2 regelt die Landeszentrale in einer Richtlinie.

## **Teil 3 Rechtsstellung der beteiligten Anbieter**

### **§ 24 Veränderung der beteiligten Anbieter**

(1) <sup>1</sup>Die Übertragung von Rechten aus der Genehmigung auf einen anderen kann nur durch Entscheidung der Landeszentrale bewirkt werden. <sup>2</sup>Bei einer Änderung der Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse eines Anbieters um weniger als 50 v.H. genehmigt die Landeszentrale die Fortsetzung der Anbietertätigkeit, wenn dies den Erfordernissen der Meinungsvielfalt und der Ausgewogenheit der Gesamtheit der Programme im Rahmen des genehmigten Programms nicht widerspricht, wenn der Anbieter die Voraussetzungen für eine Beteiligung an der Nutzung des Übertragungsweges weiterhin erfüllt und die Kontinuität des Gesamtprogramms und des Sendebetriebs gesichert wird. <sup>3</sup>In Einzelfällen kann die Landeszentrale auch bei Änderungen um 50 v.H. und mehr der Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse eines Anbieters auf eine Neuausschreibung der Sendezeit oder des Sendezeitanteils verzichten, wenn die Fortführung der Anbietertätigkeit, insbesondere wegen der wirtschaftlichen und programmlichen Rahmenbedingungen der Aufrechterhaltung des Sendebetriebs dient.

(2) <sup>1</sup>Wird die vereinbarte Sendezeit von einem Anbieter nicht mehr genutzt, kann die Landeszentrale den freigewordenen Sendeplatz ausschreiben, wenn die Ausschreibung zur Sicherung der Meinungsvielfalt und Ausgewogenheit der Gesamtheit der Programme veranlasst ist und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die Beteiligung eines weiteren Anbieters zulassen. <sup>2</sup>Entsprechendes gilt für das Ausscheiden eines Gesellschafters oder Beteiligten aus einer Anbietergesellschaft oder -gemeinschaft nach § 14. <sup>3</sup>Für die anschließende Auswahl von Anbietern und die Nachorganisation des Programms

gelten im Übrigen die Bestimmungen dieser Satzung.

### **§ 25 Nachweis- und Anzeigepflicht**

(1) <sup>1</sup>Der Anbieter und die jeweils Beteiligten haben gegenüber der Landeszentrale im Zeitpunkt der Genehmigung des Programmangebots alle wesentlichen Angaben über Sachverhalte und Rechtsbeziehungen im Rahmen der §§ 4, 5, 8, 9, 12 bis 16, 20 und 24 und Art. 29 Abs. 1 Sätze 2 bis 4 BayMG zu machen sowie nach Genehmigungserteilung eintretende Änderungen in diesen Rechtsverhältnissen unverzüglich offen zu legen. <sup>2</sup>Satz 1 gilt für Bewerber im Rahmen des Organisationsverfahrens entsprechend. <sup>3</sup>Die Landeszentrale kann Nachweise verlangen. Die Landeszentrale entscheidet auch über die Erforderlichkeit der Glaubhaftmachung durch eidesstattliche Versicherung.

(2) <sup>1</sup>Änderungen von Sachverhalten oder Rechtsbeziehungen nach Absatz 1 sind der Landeszentrale vor Vollzug anzuzeigen. <sup>2</sup>Widerspricht die Landeszentrale der Änderung nicht innerhalb einer Frist von vier Wochen nach ihrer Unterrichtung, kann die Änderung vollzogen werden. <sup>3</sup>Die nach dem Bayerischen Mediengesetz und nach § 9 Abs. 1 Satz 2, § 15 und § 24 Abs. 1 Satz 3 bestehenden Genehmigungspflichten bleiben unberührt.

(3) Nach Aufnahme des Sendebetriebs übermitteln die Anbieter und Anbietergesellschaften oder -gemeinschaften der Landeszentrale jeweils zum 31. Dezember die aktuellen Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse.

### **§ 26 Änderungen des Sende- und Programmschemas**

(1) <sup>1</sup>Sowohl der Anbieter als auch die Landeszentrale können eine Änderung des Sende- und Programmschemas und des Programmnamens sowie Abweichungen von einem programminhaltlichen Schwerpunkt aus wichtigem Grund verlangen. <sup>2</sup>Ein wichtiger Grund kann insbesondere vorliegen, wenn das Angebot eines anderen Anbieters angeordnet wird oder auf Dauer wegfällt. <sup>3</sup>Ein wichtiger Grund liegt auch im Fall des § 5 Abs. 2 vor. <sup>4</sup>Für die Änderung des Sende- und Programmschemas und des Programmnamens sowie des programminhaltlichen Schwerpunkts aus wichtigem Grund gelten die Bestimmungen dieser Satzung entsprechend. <sup>5</sup>Die von der Änderung nicht betroffenen Genehmigungen gelten fort.

(2) Neben der Genehmigung einer Programmänderung gemäß Art. 28 BayMG ist eine gesonderte Änderung der Betrauung nicht erforderlich, wenn der Sendezeitumfang für betrautes Programm der einzelnen Betrauungsstufen unverändert bleibt.

Teil 4

### **Schlussvorschriften**

### **§ 27 Gewährleistung und Entwicklung von Programmen**

<sup>1</sup>Die Landeszentrale kann Abweichungen von dieser Satzung in besonders gelagerten Einzelfällen vorsehen, insbesondere wenn und soweit dies zur Meinungsvielfalt und Ausgewogenheit der Gesamtheit der Programme im Sinn des Art. 4 BayMG oder zur Sicherstellung eines in sich geschlossenen Gesamtprogramms notwendig ist und dem Ziel der Verwirklichung von lokalen/regionalen, landesweiten oder bundesweiten Fern-

sehprogrammen dient. <sup>2</sup>Die Befugnisse nach Art. 16 BayMG bleiben hiervon unberührt.

## **§ 28 Weitere Regelungen**

(1) Die gesetzlichen Aufgaben und Befugnisse der Landeszentrale sowie die gesetzlichen Verpflichtungen der Anbieter bleiben unberührt.

(2) Die Landeszentrale kann auf der Grundlage dieser Satzung erteilte Genehmigungen widerrufen, wenn sich die für die Genehmigungserteilung maßgebliche Sachlage geändert hat oder wenn der mit der Genehmigung bezweckte Erfolg nicht eintritt.

## **§ 29 Inkrafttreten, Übergangsregelung**

(1) <sup>1</sup>Diese Satzung tritt am Tag der Veröffentlichung in Kraft. <sup>2</sup>Gleichzeitig tritt die Satzung über die Nutzung von Fernsehkanälen in Bayern nach dem Bayerischen Mediengesetz vom 17. Dezember 1998 (StAnz Nr. 53, ber. Nr. 7/99) geändert durch Satzung vom 17. Mai 2002 (StAnz Nr. 21) außer Kraft.

(2) Laufende Genehmigungsverfahren sind nach neuem Recht fortzusetzen.